Morgen-Ausgabe
No. 119. — 55. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Dienstag, 12. März 1907

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 11. März.

(Schluß.)

Die Besprechung der **Interpellation Trimborn** (Reichssozialpolitik) wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Mugdan** (fr. Vg.) fortfahrend: Nach wie vor haben wir die Ueberzeugung, daß die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine nicht eine Wohltat darstellt, sondern die Beseitigung eines Ausnahmezustandes. Ich habe schon vor längerer Zeit die Ansicht ausgesprochen, daß ich die Errichtung von Arbeiterkammern der Errichtung von Arbeitskammern vorziehe. Meine Partei und ich haben unsere Anschauung nicht geändert. Allein, da bei den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen die Erlangung von Arbeiterkammern eine unmöglichkeit ist, werden wir den Arbeitskammern zustimmen. Ich bin ferner dafür, daß die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen abgekürzt werde. Ebenso werden meine politischen Freunde einer Vorlage zustimmen, die die Beseitigung der Mißstände im Ausverkaufswesen bezweckt. Was die Frage des kleinen Befähigungsnachweises betrifft, so erscheint es mir, als ob die Mehrheit des Handwerkerbundes den kleinen Befähigungsnachweis wünscht. Wir haben prinzipiell dagegen nichts einzuwenden, wenn sich die Handwerker von ihm etwas versprechen. — Aufgabe der neuen Mehrheit des Hauses muß es stets sein, eine gesunde Sozialpolitik zu treiben, wenn auch Zentrum und Sozialdemokraten diese Mehrheit verhindern und nicht an ihr Versprechen gehalten haben. Sie (zum Zentrum und zu den Sozialdemokraten) verlangen schon nach den ersten Tagen ein positives Ergebnis. Zeigen Sie mir doch eine Aenderung, die schon nach einer paar Tagen ein Resultat erzielt! Gewiß! Diese Mehrheit war notwendig und wird deshalb von Dauer sein. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **v. Dirksen** (Rp.): Wir sind stets für eine gesunde, zielbewußte Sozialpolitik eingetreten. Die Durchführung aller sozialen Reformen ist nur stets an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Vorlagen über den kleinen Befähigungsnachweis und die Regelung des Ausverkaufswesens werden wir zustimmen. Abg. Hué versicherte in der letzten Sitzung, daß ihm der Mittelstand am Herzen liege. Man darf diesen neuen Gefühlen der Sozialdemokratie keinen allzugroßen Glauben schenken. Der Mittelstand ist ihr unbequem und sie haßt ihn. Wir haben auch Gelegenheit, die Arbeiter zu hören (zu den Sozialdemokraten); Sie haben nicht allein das Monopol, mit den Arbeitern zu verkehren. — Der Reichsverband bekämpft die Sozialdemokratie, aber seine Ausgaben deckt er durch freiwillige Spenden, nicht wie die Sozialdemokraten, die die für ihre Zwecke nötigen Gelder erpressen. (Großer Lärm und anhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Abg. **Kaden** apostrophiert wiederholt den Präsidenten und protestiert, lebhaft gestikulierend gegen die letzten Worte des Redners: „Das ist eine Lüge, eine Beleidigung. Rufen Sie ihn zur Ordnung!“

Präsident Graf **Stolberg** (hat sich erhoben und schwingt unausgesetzt die Glocke): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Der Abg. Dirksen hat nicht von den Sozialdemokraten hier im Hause, sondern von den Sozialdemokraten im allgemeinen gesprochen. (Lebhafte Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten, Auf: Frechheit!)

Abg. **Dirksen** (nach längerer Pause mit Mühe fortfahrend): Die ganze Sozialpolitik kann nicht auf einmal gelöst werden, es müssen daher die für den Mittelstand wichtigsten Gesetze herausgegriffen und zunächst behandelt werden. Zu dieser Mitwirkung fordern wir die Sozialdemokratie auf. Wir wollen sein, wie uns der Abg. Hué am Sonnabend ironisch genannt hat — „ein einig Volk von Brüdern!“ (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schack** (wirtsch. Vg.): Namens meiner Partei gebe ich hier die Erklärung ab, daß wir nicht minder sehnsüchtig als das Zentrum auf die Einbringung der in der Interpellation erwähnten Fragen warten. Die Jungkonservativen werden auch an den Vorlagen eifrig mitarbeiten. Was das Vereins- und Versammlungsrecht betrifft, so glaube ich, daß die Frage nicht so schwierig ist, und daß die Regierung endlich aus dem Studium der einschlägigen Erwägung herausreten könnte. Den kleinen Befähigungsnachweis werden wir zustimmen; allein wir sehen in ihm nur eine Richtlinie, nur die Grundlage zur Hebung des Standesbewußtseins im Handwerkerstand. Von Wichtigkeit ist auch der Schutz der Privatbeamten und der Heimarbeiter. Die Sozialdemokraten sind die Feinde des Handwerkerstandes. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist wohl nach der letzten Erklärung des Herrn Staatssekretärs nicht so bald zu erwarten. Nehmen die Vorlage über die Arbeitskammern früher unterbreitet wird als die Vorlage betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, so bedauere ich dies im Namen meiner politischen Freunde auf das lebhafteste. Es gäbe noch eine Anzahl von Punkten, deren gesetzliche Erledigung leicht zu bewerkstelligen wäre, so zum Beispiel die Verhältnisse der technischen Privatangestellten, die in diesem Hause bereits des öfteren besprochen wurden. Statt der langen Reden sollte man endlich arbeiten. (Beifall rechts. Lachen links bei Erwähnung der „langen Reden“ seitens des Abgeordneten.)

Abg. **Korfanty** (Pole): Wenn man die Reden hört, die hier von allen Seiten gehalten werden, so müßte man glauben, allen Parteien wäre es mit Sozialpolitik sehr ernst. In Wahrheit, und wenn man noch einen Blick ins Abgeordnetenhaus wirft, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Redner nicht so durchweg aufrichtig sind — hüben und drüben. (Heiterkeit.) Man müßte sich vermundert fragen, wer denn eigentlich die „offenen und versteckten Feinde“ der Sozialpolitik sind, von denen der Staatssekretär des Innern spricht. Die Lektüre der „Post“ kann uns dafür einen Fingerzeig geben; sie nennt den Staatssekretär als Kandidaten des Zentrums für den Reichskanzlerposten — so ziemlich das Schlimmste, was man heute einem Staatsmanne nachsagen kann. Weit wichtiger als selbst das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist aber eine Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes, auch für die Arbeiter, und für den fortschrittlichen Ausbau ihrer Organisation. Ich wesse nur beispielsweise auf die Verhältnisse in Oberschlesien hin; um die Polizeibestimmungen schikanöser anwenden zu können, behandelt man dort sogar die Abhaltung populär-wissenschaftlicher Vorträge, gesamt Bericht über Literatur, als Veranstaltungen „öffentlicher Lustbarkeiten“. (Heiterkeit.) Nach außen wissen hier selbst die Konservativen gegen die übermäßige Frauenarbeit aufzutreten, meine Herren (zu den Konservativen), bekehren Sie doch Ihre eigenen Leute, Sie sind es ja vorzugsweise, die in Oberschlesien die Frauen in den Kohlenwerken beschäftigen. Statistisch steht fest, daß im Gruben- und Hüttenbau die Arbeit der Frauen zu vielen Orten zunimmt. Wir stehen aber einfach auf dem Standpunkt, daß die Frauenarbeit in diesen Betrieben überhaupt verboten werde. (Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.) Das verlangt die Rücksicht auf die zukünftigen Mütter des Volkes. Wenn man von der Schädigung des Handwerks spricht, sollte man die preußische Regierung nicht vergessen. Die preußischen Behörden wenden gegen die polnischen Handwerker den Boykott am schärfsten an. Bei polnischen Gewerbetreibenden dürfen Beamte nicht arbeiten lassen, in Gasthäusern, in denen eine polnische Versammlung stattgefunden hat, dürfen Soldaten nicht weiter verkehren. (Widerspruch rechts.) Das ist unter meinen eigenen Augen bezüglich eines Gasthauses geschehen, in dem ich eine Versammlung abgehalten habe. Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat hier einmal die bürgerlichen Parteien zu „sittlicher politischer Betätigung“ aufgerufen; solche Worte sollte sich der Herr Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident ins Stammbuch schreiben. Die preußische Polenpolitik hat mit Sittlichkeit gewiß nichts zu tun; sie ist aufgebaut auf dem Sumpf der Unsittlichkeit und moralischen Verkommenheit.

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Das Zentrum hat nicht, wie der Abg. Hué gesagt hat, mit seiner Interpellation offene Türen eingerannt; die gegenwärtige Debatte hat den Beweis erbracht, daß für Schwarzmachereien und für die Zuchthausvorlage kein Boden mehr im Hause ist. Der Abg. Dr. Mugdan hat im Namen seiner Partei erklärt, daß er zum Ausbau der sozialpolitischen Reformen beizutragen bereit sei. Darüber freuen wir uns; denn seinerzeit haben die Freisinnigen gegen die Kaufmannsgerichte, das einzige sozialpolitische Gesetz der vorigen Session, gestimmt. (Hört, hört! im Zentrum.) Herr Hué hat hier wieder einmal von der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung gesprochen, aber erst kürzlich hat ein ihm nahestehender Gewerkschaftler das Tischtuch zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften zerschnitten. (Hört, hört! im Zentrum.) Trotzdem aber wollen wir in Zukunft zu praktischen Zwecken friedlich zusammenarbeiten. Wir unterstützen jede Bewegung und jede Bestrebung, die dazu dient, das Handwerk zu stützen, zu schützen und zu halten. Der Vorlage gegen die Mißbräuche im Ausverkaufswesen stimmen wir gern zu, da gerade die Arbeiter unter diesen Schäden am meisten leiden. Wenn die Regierung den Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine unseren Wünschen entsprechend abändert, werden wir ihm mit Freuden zustimmen. Ich habe hier im Hause anläßlich der Schikanierung der Landarbeiter in Preußen gesagt, man müsse sich schämen, Preuße zu sein. Man hat mir deshalb Mangel an patriotischer Gesinnung vorgeworfen. Ich glaube, meine Herren, über solchen Verdacht sollten wir doch erhaben sein. (Zustimmung im Zentrum.) Die nationalen Wahlparolen sind wir Erscheinungen von vorübergehender Dauer; sie werden die katholischen und evangelischen Arbeiter nicht entzweien. (Zuruf im Zentrum.) Zur Frage der Arbeiterkammern, deren Wert wir anerkennen, bemerke ich, daß man vor Fertigstellung des Gesetzentwurfes bedauerlicherweise die Arbeiterorganisationen nicht gehört hat. — Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß die neue Mehrheit auf dem Wege praktischer Sozialpolitik in gesundem Sinne vorwärts schreite. (Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Kämpf**: Der Vizepräsident Herr Dr. Paasche hat mir mitgeteilt, daß er die letzten Worte des Abg. Korfanty von seinem Platze aus nicht hat hören können. Ich habe mir das Stenogramm kommen lassen und rufe den Herrn Abg. Korfanty wegen seiner ganz ungehörigen Aeußerung über die preußische Polenpolitik zur Ordnung. (Bravo rechts.)

Abg. **Hué** (soz.): Der Sozialdemokratie ist es ebensowenig darum zu tun, den Mittelstand zu vernichten, als ihm zu schaden. (Lachen rechts.) Die Phrasen, die der Abg. v. Dirksen heute hier erzählt und vorgebracht hat, stammen alle aus der Rüstkammer des „Reichsliguenverbandes“. (Widerspruch rechts.) Wir fordern eine ausreichende Schutzgesetzgebung für die Arbeitervereine und für die Arbeiterminen, und wir haben stets diese sozialpolitischen Forderungen erhoben. Wir verlassen uns nicht auf die Sozialpolitik der neuen Mehrheit des Hauses, sondern auf die Massen der Arbeiterschaft, deren Einheitlichkeit die Mehrheit des Hauses schließlich doch nachgeben muß. Die bürgerlichen Parteien haben stets im Reichstag die Mehrheit gehabt und hätten schon vor vierzig Jahren der Arbeiterschaft gerecht werden können, wenn sie gewollt hätten. (Widerspruch rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Pauli** (Potsdam (kons.): Alle sozialpolitischen Reformen, die von seiten der bürgerlichen Parteien unternommen wurden, scheiterten immer wieder an dem Veto der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die scharfen Worte des Herrn v. Dirksen waren nur die Antwort auf die unausgesetzten sozialdemokratischen Angriffe. Der Reichsverband ist bestrebt, die internationale Sozialdemokratie als Partei zu bekämpfen (Rufe bei den Sozialdemokraten: Durch Lügen!), er bemüht sich, alles zusammenzutragen, was diesem Zwecke dienlich sein kann. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Alles Lügen! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daran ändert auch Ihr Lachen nichts; das ist wahr! — Gegen die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ist im Prinzip nichts einzuwenden; nur muß man bedenken, daß dann auch die Arbeitgeber sich bereinigen und gegen die Arbeiterorganisationen den Kampf aufnehmen werden. Möglicherweise ist die Rechtsfähigkeit ein zweischneidiges Schwert in der Hand der Arbeiter. Daß die Sozialdemokraten den Mittelstand und das Handwerk nicht schützen wollen, das liegt schon in ihrem Programm. Wir werden für den kleinen Befähigungsnachweis eintreten. Nur muß es künftighin vermieden werden, daß durch sozialpolitische Reformen dem Mittelstande neue Lasten aufgebürdet werden. Wenn die Kosten für die Sozialpolitik vom Mittelstand und vom Handwerkerstand abgewälzt werden, dann sind wir für ein lebhaftes Tempo in der Fortführung der Sozialreform. (Beifall bei den Konservativen.)

Hierauf wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten Schluß der Besprechung angenommen.

Präsident Graf **Stolberg** (verkündend): Die große Mehrheit ist für den Schluß der Besprechung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten und im Zentrum Rufe: Von „großer Mehrheit“ kann nicht die Rede sein!) Dann ist es jedenfalls die Mehrheit. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der kolonialen Nachtragsetats, Interpellationen der Abg. Graf v. Hompesch und Genossen (Ztr.) betreffend Revision der Strafprozeßordnung, Interpellation Albrecht und Genossen (soz.) betreffend Eingriff der Behörden bei der Reichstagswahl und Interpellation Freiherr Heyl zu Herrnsheim (natl.) betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten.)

Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 11. März.

(Schluß.)

Die zweite Lesung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt.

Abg. **Oeser** (Soz. d. fr. Vp.) fordert weiter die Einführung von festen Lohnskalen für die Arbeiter und bittet den Minister, das Haus alljährlich über die sozialpolitischen Erlasse des Eisenbahnministeriums zu unterrichten.

Minister **Breitenbach**: Die Lohnskalen, die der Vorredner fordert, bestehen bereits. Die Nebenbezüge der Lokomotivführer sind schon Gegenstand vielfacher Erwägungen gewesen. Wir wollten namentlich die Nebenbezüge der Lokomotivführer in Schnellzügen anders regeln. Wir haben deshalb zunächst im Bezirk Frankfurt nun versuchsweise eine Berechnung nach Stunden eingeführt. Die Ergebnisse dieser Berechnung liegen noch nicht vor. Jedenfalls werden wir dafür sorgen, daß die Beamten sich nicht schlechter stehen als früher.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. **König** (Ztr.) und **Wemar** (Antis.) wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.): Dem Abg. Strosser gegenüber bemerke ich, daß ich nicht gesagt habe, die Berliner Wohnungsverhältnisse seien vollkommen, sondern ich habe nur lebhaft gegen die Behauptung protestiert, daß Berlin sich wegen der Wohnungsverhältnisse schämen müsse. Die Wohnungsfrage bezieht sich nicht auf Berlin allein, sondern auch auf 23 Vororte. Bei meinen Aeußerungen über die Schulverhältnisse wird wohl jedem, der meine Rede gehört hat, klar gewesen sein, daß ich dabei weit entlegene Vororte im Auge hatte. Ich habe gesagt, daß die Arbeiter vielfach nicht in den von Industriellen angelegten sehr schönen Arbeiterkolonien bleiben wollen, weil ihnen die Schulen in den Orten zu mangelhaft sind.

Die Besoldungen werden bewilligt, die Anträge werden der Budgetkommission überwiesen.

Beim Abschnitt „Bauten“ bemerkt

Abg. **v. Brandenstein** (kons.): Ich muß hier auf eine Frage zurückkommen, die ich schon in der Budgetkommission angeschnitten habe. In der Budgetkommission habe ich die Frage aufgeworfen, welche Beamten auf ihren Reisen befugt sind, die erste Wagenklasse zu benutzen, und ob es der Verwaltung bekannt sei, daß sehr häufig Eisenbahnbeamte höhere Wagenklassen benutzen, als sie zu benutzen berechtigt sind. Auf die erste Frage wurde mir geantwortet, daß nur die höheren Beamten bis zu den Assessoren berechtigt seien, in der ersten Klasse zu fahren, daß die Bauführer in die zweite Klasse gehören. Die zweite Frage wurde mir überhaupt nicht beantwortet. Ich schließe daraus, daß der Verwaltung der von mir gerügte Mißstand bekannt ist, und daß es stillschweigend geduldet wird, daß Beamte vielfach in höheren Klassen fahren, in die sie nach ihrem Range und ihrer äußeren Lebenshaltung nicht hingehören.

Zum Beleg für den von mir gerügten Uebelstand kann ich ein Beispiel anführen, das mir ein heute hier nicht anwesendes Mitglied des Hauses mitgeteilt hat. Der betreffende Herr wollte auf einer Station in ein Coupé erster Klasse einsteigen, erhielt aber vom Schaffner die Auskunft, der Zug habe nur ein Coupé erster Klasse, und das sei von Beamten besetzt. Der Gewährsmann wollte nun festgestellt sehen, ob die Herren, die da in der ersten Klasse saßen, wirklich dazu berechtigt seien. Der Schaffner und der Zugführer genierten sich, die Beamten zu befragen, und der betreffende Herr ging zum Stationsvorsteher und erreichte seinen Zweck. Der Stationsvorsteher ging an das Coupé heran, und der Erfolg war, daß sämtliche Insassen mit Ausnahme eines einzigen aus dem Coupé aussteigen mußten. Dieser einzige Insasse, der sich seines Rechtes bedeutet war, war nun nicht etwa pikiert gegen die ausgestiegenen Beamten, sondern gegen den neuen Eindringling, und er fuhr ihm das durch sein Verhalten klar zu machen. Der Betreffende schien einer von den zahlreichen Beamten zu sein, die da meinen, daß die Eisenbahn eigentlich nur von den Beamten benutzt werden darf. (Große Heiterkeit.) und das übrige Publikum höchstens geduldet ist. (Erneute Heiterkeit.) Sehr häufig kommt es vor, daß ein Coupé erster Klasse nur mit einer einzigen Person besetzt ist und streng verschlossen gehalten wird, bis sämtliche übrige Coupés vollständig besetzt sind. Da die Beamten gewöhnlich für den hohen Beamten eintreten, ist es den Reisenden schwer, dagegen anzukämpfen. Weil man sich nicht streiten will, erreicht es der Beamte, daß er allein bleibt; kommt man aber in die Lage, mit einem solchen Beamten das Coupé teilen zu müssen, so sind die Herren häufig sehr rücksichtslos, sie machen die Fenster auf und zu und reguliteren die Heizung nach ihrem Belieben; sie rauchen in Coupés, wo das Rauchen nur unter Zustimmung der Mitreisenden gestattet ist, ohne diese Zustimmung einzuholen, und sie bitten nicht um Entschuldigung, wenn sie einen anstoßen oder auf die Füße treten. (Große Heiterkeit.) Ich will nichts dagegen sagen, daß diese Herren berechtigt sind, die erste oder zweite Klasse zu benutzen, und ich gebe zu, daß es sehr schwierig ist, eine Aenderung eintreten zu lassen. Aber das wird man mir zugeben, daß das Fahren in erster und zweiter Klasse den allgemeinen Lebensverhältnissen dieser Herren nicht überall entspricht. Es ist erklärlich, daß die Herren dann das Gefühl haben, daß sie da eigentlich nicht ganz hingehören, und sie suchen auch die ihnen fehlenden guten Eigenschaften durch rücksichtsloses Auftreten gegen die Reisenden zu ersetzen. (Heiterkeit.) Unterstützt wird dieses Verhalten dadurch, daß das Zug- und Stationspersonal sich sehr viel schwerer herbeiläßt, einen Beamten der vorgesetzten Behörde zurechtzuweisen, als einen gewöhnlichen Reisenden. Es ist mir nicht bekannt, wie die Stationsbeamten höheren Beamten gegenüber aufzutreten haben, ob dies vielleicht in ähnlicher Weise geregelt ist wie die Vorschriften über das Verhalten der Gendarmen und der Posten vor Gewehr gegenüber den Offizieren. Es wäre ganz interessant, zu erfahren, wie man sich als ganz korrekter Staatsbürger zu benehmen hat, wenn man den Verdacht hat, daß man durch das Verhalten von Beamten in seinem Wohlbehagen gestört wird. (Große Heiterkeit.)

Es ist in diesen Tagen oft über die Abnahme der Reisenden erster Klasse geklagt worden, das soll wohl heißen, der zahlenden Reisenden, denn die Zahl der nicht zahlenden Reisenden erster Klasse dürfte sich in aufsteigender Linie bewegen. (Heiterkeit.) Es gibt sehr viele Reisende, die die erste Klasse nicht deswegen wählen, weil sie vornehmer aussieht, sondern weil sie allein sein wollen und glauben, daß sie da in eine konvenable Gesellschaft kommen. Nun wollen sehr viele Leute die Erfahrung gemacht haben, daß es in neuerer Zeit anders geworden sei, die Coupés erster Klasse seien überfüllt, und was die Gesellschaft anbelange, so habe man in der zweiten Klasse mehr Chancen, angenehme Leute zu finden, als in der ersten Klasse; denn in dieser führen meist Bauinspektoren und Reichstagsabgeordnete. (Stürmische Heiterkeit.) Mir wurde erzählt, daß in einer Gerichtsverhandlung gegen einen Eisenbahnrüber der Vorsitzende den Angeklagten als Zeugen gefragt hat, ob es nicht möglich gewesen sei, die Rotlenne zu ziehen oder sich in anderer Weise zu sichern, denn es hätte ihm doch auffallen müssen, daß ein Mann in so minderwertiger Kleidung in die erste Klasse eingestiegen sei. Da sagte der Zeuge ganz gewissenhaft: Das hat mich gar nicht gewundert, ich habe angenommen, es sei ein Reichstagsabgeordneter. (Stürmische Heiterkeit.) In der ersten Klasse kann es jedem passieren, daß da ein Mann hereinkommt, dessen Gesichtszüge es sich nicht anders erklären kann, als daß es ein Reichstagsabgeordneter sei. (Stürmische Heiterkeit.) Selbstverständlich bezieht sich das nicht auf alle Reichstagsabgeordnete, sondern nur auf einzelne, wie auch das Vorhergesagte sich nicht auf alle Beamte bezieht. Ich meine, es würde sich empfehlen, daß der Minister die Bestimmungen über die Benutzung der ersten und zweiten Wagenklasse seitens der einzelnen Beamtenkategorien einer Durchsicht unterzieht und dann für ihre strikte Durchführung sorgt. Das würde von einem großen Teil der Reisenden freudig begrüßt werden und der eigenen Verwaltung zum Segen gereichen.

Minister **Breitenbach**: Ich beanspruche von den höheren Beamten, daß sie sich gegen jedermann im Dienst und außer Dienst so verhalten, daß keine Vorwürfe gegen sie erhoben werden können. Ich würde es aufs äußerste beklagen, wenn die höheren Beamten nicht diesenigen Rücksichten gegen die Mitreisenden erster Klasse walten lassen würden, die sich von selbst verstehen. Alle Fälle, die zu meiner Kenntnis gelangen, werden mit rücksichtsloser Strenge verfolgt werden. Ich würde es auch für durchaus unzulässig halten, wenn Beamte Coupés dem allgemeinen Verkehr vorenthalten, um sie für sich mit Beschlag zu belegen. In einem früheren Falle ist infolge von Beschwerden bereits angeordnet worden, daß Beamte, deren Aeußeres infolge schlechten Wetters gelitten hatte, nicht in die erste Klasse einsteigen sollen.

Abg. **Busch** (Ztr.): Der Vorredner hatte seine Beschwerden wohl besser im Instanzenwege vorgebracht. (Sehr richtig!) Ich bedauere seinen Angriff namentlich seinen Angriff auf die Reichstagsabgeordneten im vertrauten Kreis.

Abg. **Macco** (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. **Funck** (fr. Vp.): Auch meine Freunde sind gezwungen, die Darstellung des Abg. v. Brandenstein zurückzuweisen. Ich reise auch sehr viel, mir ist aber niemals etwas vorgekommen, was berechtigte, so wie Herr v. Brandenstein es tat, gewissermaßen zu verallgemeinern. (Sehr wahr!) Ich meine solche Darstellungen geschmacklos und meine, daß sie mit ihrer Spitze gegen die Reichstagsabgeordneten zur Hebung des guten Tones in den Parlamenten wahrlich nicht beitragen.

(Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich. In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung erklärt

Freiherr **v. Zedlitz** (freik.), er sei auch bereit, seine ursprünglichen Absichten über die geschäftliche Erledigung des Etats zu revidieren, nachdem hier herausgestellt habe, daß das Polizeikostengesetz vor Ostern nicht eingehe. Seine Fraktion sei bereit, noch vor Ostern mit der Beratung des Kultusetats zu beginnen, bitte aber, den nächsten Mittwoch für die Beratung der Kommissionen freizulassen.

Die Abgg. Dr. **Friedberg** (natl.), Dr. **v. Heydebrand** (kons.) und Dr. **Porsch** schließen sich diesen Ausführungen an.

Präsident **v. Kröcher** erklärt, daß er den Anregungen des Abg. Freiherrn v. Zedlitz folgen wolle.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr (Eisenbahnetat).

Schluß 4¾ Uhr.